Im Kampfe sollst du dein Recht finden (Rudolf von Jhering)

Bundespräsidialamt der BRD Der Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler Spreeweg 1

D - 11010 Berlin

Per Telefax: 030 - 2000 - 1902 und 1910

In Sachen:

Verfassungshochverrat gem. StGB § 81 (1) 2

Vorsätzliche Verletzung des BVerfGG § 93 a Rechtsbeugung gem. StGB § 339 Völkermord gem. Art 7 (1) 5 VStGB und Folter gem. Art. 3 EMRK Friedrich Schmidt Rechtsassessor

Gestade 3

D - 54470 Bernkastel-Kues

Telefax: +49 - 6531 - 7608

Rüdiger Jung Publizist für Rechtsangelegenheiten Rechtsbeistand

Dahlienstraße 4 b

D - 84085 Languaid / Nby.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler, sehr geehrter Herr Unkrig,

seit dem 12. Sept. 2006 wurden Sie mit zahllosen, gleichwohl einzeln leicht zu dokumentierenden Schreiben über den besonderen Sachverhalt in Kenntnis gesetzt, dass wir Bürger in der BRD anstelle eines unteilbaren Rechtsstaats in wirklich lebenswichtigen Verfahren einer infamen Unrechtsdiktatur so gut wie hilf- und schutzlos ausgesetzt sind. In dem Zusammenhang wurde Ihnen der entscheidende Fachbegriff "Allgewalteneinheitstyrannis" von Montesquieu erklärt. Es wurde Ihnen gleichfalls der in dem Zusammenhang automatisch zu erhebende Strafvorwurf des Verfassungshochverrats höchster Justiz- und Regierungsstellen erläutert.

Gleichwohl haben Sie sich aus hiesiger Sicht bislang nicht bemüßigt gefühlt, angesichts dieses wohl unüberbietbaren Vorwurfs der lupenreinen Staatskriminalität von unvorstellbarem Ausmaß innerhalb eines nominellen Rechtsstaats ausgerechnet innerhalb seiner höchsten Staatsorgane hier sofort einzugreifen.

Schlimmer noch, wir haben Sie durch jene erschütternde Presseerklärung vom 31.1.07 anläßlich Ihres Kurzbesuchs beim BGH dabei ertappt, längst für jeden vernünftig urteilenden Menschen vollends überführte Verfassungshochverräter in höchsten Justizpositionen beim BGH und der Generalbundesanwaltschaft Ihres vollen Vertrauens zu versichern.

Weiterhin haben Sie durch mehr als zögerliches Verhalten bei der Bearbeitung dieser Sache den Verdacht genährt, Ihr höchstes Staatsamt als erster Diener und Verfassungspatriot dieses Staates vollends zu mißbrauchen. Wer denn anders als Sie alleine könnte hier noch als unparteijscher Ermittler in der Sache fungieren?

Unsere bisherigen Ankündigungen hätten Sie längst wachrütteln müssen, diese Sache nach objektiven Kriterien minutiös überprüfen zu lassen.

nicht die bisher stets der Hierbei zählt von Justiz manipulierte Rechtskraftbescheinigung in wichtigster Sache. Ab sofort gelten gegenüber uns mündigen Bürgern andere Spielregeln. Ähnlich wie beim Skat hat nicht der gewonnen, wer sich lumpige 61 Punkte irgendwie zusammengespielt hat. Ab sofort wird jetzt nach allen Regeln der Kunst "geramscht". Wir Bürger brauchen nur einen lumpigen Stich in der anlaufenden öffentlichen Auseinandersetzung zu bekommen, um in der alles entscheidenden Frage: "Verfassungshochverrat ja oder nein!" zu obsiegen.

Die absolute Grenze für Sieg oder Niederlage liegt in dem Umstand, ob es uns gelingt, in die vollen Publizität zu gelangen. Daran wird uns niemand mit demokratischen Mitteln hindern können.

Sodann wird die Mehrheit der Bürger sehr schnell darüber zu entscheiden haben, ob sie jene überführten Verfassungshochverräter weiter in obersten Staatspositionen dulden kann oder nicht.

Wer die Begriffe beherrscht, beherrscht dann gleichzeitig die öffentliche politische Diskussion. Alle Verfassungshochverräter in ehemals höchsten Staatspositionen können danach nur noch darauf hoffen, dass wir mündigen Bürger wegen des dann erst recht erkennbaren Justitiums gegenüber allen Verfassungshochverrätern Gnade vor Recht gelten lassen sollten. Das gilt aber nur eingeschränkt. Aus der persönlichen Haftung wird niemand entlassen.

Wenn es denn Ihre Absicht wäre, sehr geehrter Herr Bundespräsident, dieses für das System der BRD geradezu tödliche Problem nach besonderer Machart Ihres politischen Gönners Helmut Kohl aussitzen zu wollen, so täuschen Sie sich hier gewaltig.

Hiermit sind Sie aufgefordert, <u>persönlich</u> zu dem mit Händen zu greifenden Vorwurf innerhalb dreier Arbeitstage Stellung zu nehmen, als immerhin von ausgemachten Verfassungshochverrätern wie Angela Merkel vorgeschlagener Präsidentschaftskandidat zum engsten Führungskreis der Allgewalteneinheitstyrannis und der von uns erkannten Regierungsmafia der BRD zu gehören. Erklären Sie sich deshalb nach dem bekannten Sprichwort: "Entweder man bekämpft die Mafia, oder man ist ein Teil derselben!"

Nach diversen persönlich geführten Telefonaten u. a. mit Frau Bundesministerin Zypries, Herrn Präsidenten des BVG Professor Papier und maßgeblichen Mitarbeitern Ihres Hauses können wir nur noch an Sie appellieren, Ihre Würde als Staatsoberhaupt nicht selbst in den Schmutz zu treten und endlich im Sinne Ihres Diensteides öffentlich tätig zu werden. Im anderen Falle gilt: "Wer schweigt, scheint zuzustimmen, wenn er reden konnte oder mußte!"....qui tacet consentire videtur ubi loqui potuit aut debuit.

Mit vorzüglicher Hochachtung